



Presseinformation

Nr. 245 / 2013

Kiel, Mittwoch, 22. Mai 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Gesundheit / Einheitlicher Basisfallwert

Anita Klahn: Landesregierung muss sich für einheitlichen Basisfallwert einsetzen

Zur Amtschefkonferenz der Gesundheitsministerien und der Debatte um bundeseinheitliche Basisfallwerte erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Ja, die Ministerin hat Recht. Es nicht nachzuvollziehen, warum gleiche Krankenhausbehandlungen in verschiedenen Bundesländern unterschiedlich vergütet werden. Und ja, der Bund muss sich bei den Basisfallwerten bewegen. Aber es müssen sich auch die anderen Länder bewegen. Ich fordere daher die Ministerin auf, die Amtschefkonferenz dazu zu nutzen, die anderen Länder von unserer Position zu überzeugen.“

Ich erinnere daran, dass es dieser Regierung nicht gelungen ist, bei der jüngst im Bundesrat verabschiedeten Initiative zur Krankenhausfinanzierung das zentrale Interesse unseres Landes nach einem einheitlichen Basisfallwert unterzubringen. Das ist sehr enttäuschend und spricht nicht für den Einfluss dieser Regierung auf die anderen Bundesländer. Auf der heutigen Konferenz muss daher mehr Verhandlungsgeschick bewiesen werden.“